

Religionsfreiheit im Kontext von Christentum und Islam

Vom 5. bis 7. September veranstaltete der Islamisch-Christliche Arbeitskreis (ICA) zusammen mit der Evangelischen Akademie zu Berlin diese Fachtagung. Dem Vorbereitungskreis gehörten Dr. Martin Affolderbach (Evangelische Kirche in Deutschland), Wolf Aries (Islamrat), Dr. Erika Godel (Evangelische Akademie zu Berlin), Dr. Barbara Huber-Rudolf (CIBEDO) und Rafet Öztürk (DITIB) an.

Ein Rückblick auf den historischen Hintergrund und den Geltungsbereich von Religionsfreiheit als Grundrecht führte am ersten Abend in das Thema ein.



Dr. Godel und Prof. Dr. Ali Bardakoğlu

Die muslimische Perspektive von Prof. Dr. Ali Bardakoğlu zeigt das heutige Verständnis von Religion aus der Sicht des Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten der Türkei auf. Menschenrechte bezeichnete er als universelle Werte, die nicht erst seit der französischen Revolution aktuell sind, sondern seit der Entstehung der Menschheit. Diese werden durch die Religionen garantiert. Der Islam sieht den Menschen und seine Sicherheit und ist daher die wahre Religion, die den entsprechenden Lebensraum schafft. Aus dieser Sicht versteht sich der Islam zunächst als die wahre Religion und das letzte Glied der Offenbarungskette. Meinungsfreiheit und Willensfreiheit werden im Islam durch das Gebot, dass es keinen Zwang in der Religion geben darf, akzeptiert. Doch muss der Rahmen dafür – da es durch mangelnde Ausbildung/Wissen auch Fehlentwicklungen geben kann – immer wieder neu festgelegt werden. Ein gutes Beispiel dafür war das Osmanische Reich, dessen Tradition in der Republik Türkei weiter geführt wird. So ist laut

Professor Bardakoğlu der Laizismus der Republik Türkei der Garant für Religionsfreiheit.

Dr. Burkhard Guntau, der Leiter der Rechtsabteilung des Kirchenamtes der EKD zeigte das Anliegen der Religionsfreiheit als Anliegen aus christlicher Perspektive auf, indem er zunächst Religionsfreiheit als Menschen- und Grundrecht definierte und dann in den Entwicklungen der evangelischen und katholischen Kirche verdeutlichte. Dies stellt neue Fragen an den Staat, aber auch an die Religionsgemeinschaften in Deutschland durch die politische Mitverantwortung der Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften für das Gemeinwohl, die Integration und die Einstellung der Religion zu einer freiheitlichen pluralen Gesellschaftsordnung.

Hamideh Mohagheghi, Muslima aus dem Iran, stellte die Situation und aktuellen Fragestellungen der Muslime in Deutschland dar. Die Situation der christlichen Minderheiten in der Türkei – auch in Hinblick auf die aktuellen Gesetzesänderungen und deren Relevanz für die Kirchen – stellte Dr. Elisabeth Dörler (Istanbul-St. Georg – Batschuns) dar.

Der Abend war dem Konzept der islamischen Verfassung in Pakistan und deren Konsequenz für die Minderheiten gewidmet.

Interessant waren dann die Überlegungen von Dr. Klaus Lefringhausen (Integrationsbeauftragter von Nordrheinwestfalen), der aussagte, dass derzeit in Deutschland eine „Halbintegration“ der Muslime zu beobachten sei, wobei eine Ganzintegration der nächste Schritt wäre. Auf Grund ihres Einsatzes für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ist es nun die gesellschaftspolitische Aufgabe der Kirchen, Feindbilder zu entfeinden. So geht es hier um eine Erziehung zu einer pluralistischen Gesellschaft, das konkrete Zusammenleben zwischen Integration und Abgrenzung, um die Impulse der Religionen für das Lernen/die Bildung, aber auch um das Einbringen von Werten in eine Gesellschaft, die über Werte schweigt. Er schloss damit, dass sich auch die Mehrheitsgesellschaft integrieren muss, weil sich die Gesellschaft geändert hat.

Bekir Alboğa, zuständig für den interreligiösen Dialog bei DITIB/Diyanet Deutschland, wies auf

ein Konzept der Versöhnung der Religionen hin, die für Frieden im dies- und im jenseits eintreten. Seiner Meinung nach könnten die Religionen einen Wertekodex der religiösen Gemeinschaften als Beitrag für die moderne Gesellschaft einbringen.

An diesen Studienteil folgte die von den Medien beachtete Abschlussdiskussion:

Deutschland soll weiterhin ein "säkularer, aber nicht säkularistischer Staat" bleiben, forderte der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke. Jaschke sagte, der Staat solle die Mehrheitssituation der Christen in Deutschland "positiv wahrnehmen". Solche Mehrheitssituationen hätten durchaus ihr Gewicht, so Jaschke. Der Staat sei zwar zur Neutralität verpflichtet, müsse aber ein Interesse daran haben, dass die Menschen religiös leben und eine bestimmte Bildung und humane Formung erhielten.

Der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau, Peter Steinacker, nannte als Ziel des interreligiösen Dialogs eine "Zivilisierung der Differenzen". Nach einer Zeit, in der man vor allem das Verbindende gesucht habe, komme nun die Stufe, auf der man die bestehenden Unterschiede anerkennen müsse. So gebe es zwischen Christentum und Islam sowohl beim Gottes-

und Schöpfungsverständnis als auch beim Menschenbild "unharmonisierbare Unterschiede". Nötig sei ein "Streit in Wahrheit und Liebe", bei dem "alle Differenzen offen auf den Tisch gelegt werden". Auch stelle sich die Frage nach der Vereinbarkeit von Islam und demokratischer Gesellschaft.

Der Verwaltungsratsvorsitzende der Islamischen Föderation Berlin, Burhan Kesici, bekräftigte gerade dazu die Vereinbarkeit eines säkularen Staates mit dem Islam. Neben Koran und Sunna zählten auch der gelebte Islam und die Gelehrten als Interpretationsquellen. Allerdings nähmen christliche Gesprächspartner diese Argumente nicht wahr, meinte er.

Die Migrationsbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Marieluise Beck - ein Mitglied der Grünen - sagte, im Namen staatlicher Neutralität dürften Bezüge auf Christentum oder Gott nicht aus Landesverfassungen gestrichen werden. Denn Deutschland sei geprägt von seinen christlich-abendländischen Bezügen; diese Wurzel könne man nicht kappen. Zum Verhältnis des Islam zum deutschen Staat sagte Beck, für sie sei die entscheidende Frage, wie weit demokratische Freiheiten und der Universalitätsanspruch der Menschenrechte akzeptiert würden.